

Afrika in der Schuldenfalle

Die Außenverschuldung afrikanischer Staaten hat viel zu deren Entwicklungsproblemen beigetragen. 1999 mußten die Staaten Afrikas südlich der Sahara im Durchschnitt ein Siebtel ihrer Exporteinnahmen bzw. rund fünf Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für den Schuldendienst aufwenden. 26 der 40 Staaten mit der weltweit höchsten Last von Auslandsschulden liegen in Subsahara-Afrika. Vom Kölner Gipfel der G-7-Staaten 1999 ging der Anstoß zu einem breit angelegten Schuldenerlaß in Höhe von 70 Milliarden Dollar aus, der unter anderem 32 afrikanische Staaten erreichen soll. Doch der Erlaß der afrikanischen Schulden allein genügt nicht. Er genügt deshalb nicht, weil die afrikanische Schuldenkrise mit einer ungerechten Ordnung sowohl nationaler als auch internationaler Strukturen verbunden ist. Wenn wir an einer dauerhaften Lösung interessiert sind, müssen wir die grundlegenden Ursachen kennen und gewillt sein, diejenigen Strukturen zu ändern, die diese Verhältnisse fortbestehen lassen.

Ursachen der afrikanischen Schuldenkrise

1. Die Regierungsmodelle und die Politik, die in den Kolonien betrieben wurde, waren nicht im Hinblick auf das afrikanische Interesse entworfen worden. Die undemokratischen Strukturen und eine Art und Weise zu regieren, die die afrikanischen Länder nach ihrer Unabhängigkeit von ihren Kolonialherren erbten, haben – historisch gesehen – einen großen Teil des Reichtums in Europa geschaffen. Den afrikanischen Führern standen nach der Unabhängigkeit viele traditionelle Optionen zur Verfügung, die ihnen hätten helfen können, effektive Regierungsmodelle zu entwerfen. Die meisten dieser Optionen wurden aber ignoriert, und die neuen Führer verschanzten sich hinter den undemokratischen Strukturen ihrer Kolonialherren. Sie vernachlässigten das afrikanische Volk und durchkreuzten die Verwirklichung seines Traumes von Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand. Basil Davidson bezeichnete dies als „institutionelle Krise“¹.

All das betraf nicht nur die politischen, sondern auch die ökonomischen Institutionen. Die kolonialen ökonomischen Strukturen wurden nach der Unabhängigkeit nicht verändert. Die afrikanischen Länder exportierten weiterhin unverarbeitete Rohstoffe, um die Industrien in Europa zu versorgen. Nach Sina Odugbemi gehen rund 51 Prozent der afrikanischen Exporte nach Europa und nur rund 27 Prozent

in die Entwicklungsländer². Der innerafrikanische Handel schlägt nur mit 7,5 Prozent zu Buche³. Diese Lage betrifft die Wirtschaft in den Ländern Afrikas deshalb so sehr, weil die meisten von ihnen für ihre Exporteinnahmen auf die Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte angewiesen sind. Hinzu kommt, daß die Preise für Agrarerzeugnisse stark schwanken und auf den Weltmärkten oft sehr niedrig sind.

Ein weiteres Problem ist das der inländischen Ersparnisse. Es besteht darin, daß ein typisches afrikanisches Land nicht genügend eigene Ersparnisse hat, um das notwendige Kapital für die lokale Entwicklung aufzubringen. Die meisten Länder konsolidieren den Staatshaushalt mit Geld, das sie von auswärts geliehen haben. Dieses Geld kommt von internationalen Gebern in Form von Krediten und Entwicklungshilfe. Um diese Schulden zu bezahlen, stützen sich die Länder auf die Exporteinnahmen. Wie bereits bemerkt, hat die Mehrheit der Länder jedoch nur Rohstoffe als Exportgüter – und diese führen nicht zu den notwendigen Einnahmen. Die aufgebrachten Gelder können weder die Importkosten für die Zwischenprodukte, die die Bauern benötigen, noch den Staatshaushalt im Ganzen abdecken. Einige Länder sind sogar überhaupt nicht mehr in der Lage, Rohstoffe für den Export zu produzieren. Der fehlende Strukturwandel verlagert die Schuld jedoch nicht vollständig nach außen. Korruption und Mißmanagement tragen zusätzlich ihren Teil zur sich verschlechternden Lage bei.

2. Das Wachstum der afrikanischen Schulden erreichte in den 70er Jahren beunruhigende Ausmaße. Zwischen 1970 und 1979 stieg die Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer um 400 Prozent⁴. Die internationale Kreditpolitik und lokales Mißmanagement sind zwei Faktoren für diesen rapiden Anstieg. Die 70er Jahre waren dadurch gekennzeichnet, daß überschüssige Dollars aus den drastischen Ölpreiserhöhungen in Banken sowohl in Europa als auch in den USA angelegt wurden. Diese „Petro-Dollars“ wurden den armen Ländern als Kredit gegeben. Das Handelsungleichgewicht zwischen Europa und den USA führte ebenfalls zu einem Dollarüberschuß in Europa. Auch diese „Euro-Dollars“ wurden zu Krediten verwendet⁵. Dieser Überschuß an Petro- und Euro-Dollars machte Kredite zu günstigen Bedingungen und mit flexiblen Zinsraten für arme Länder leicht zugänglich.

Eine ganze Reihe afrikanischer Länder nahmen damals in großem Umfang Kredite auf. So sehr man auch die armen Länder für diese unvernünftige Kreditaufnahme verantwortlich machen kann, darf man nicht aus dem Blick verlieren, daß Kreditnehmer ohne Kreditgeber nichts vermögen. Mit anderen Worten: Wenn die Kreditgeber die Gelder nicht so leicht verfügbar gemacht hätten, so hätten die Kreditnehmer die Kredite vorsichtiger und weniger häufig übernommen. So vertreten William Darity und andere die Ansicht, daß den armen Ländern die Kredite aufgedrängt wurden, um die Gewinnmargen der europäischen und der US-Banken zu steigern⁶. Um ihren Überschuß an Petro- und Euro-Dollars loszuwerden, drängten die Banken den armen Ländern Kredite mit Hilfe von drastisch aufgeweichten Bedingungen auf. Damit trugen auch die Banken zu der Finanzkrise bei, die wir heute

in Afrika vorfinden⁷. Ihr Gewinnstreben ermöglichte das schnelle Anwachsen der Kredite armer Länder. Die Lage verschlimmerte sich noch, als die Kredite die Exporteinkünfte überstiegen und dies von innerstaatlicher Mißwirtschaft großen Ausmaßes begleitet wurde. Auf die Ernüchterung nach der Unabhängigkeit folgten soziale Unruhen, die in vielen Fällen Gewaltherrscher und Militärführer hervorbrachten. Diese Führer waren es, die die Kredite aufnahmen. Viele der Kredite, die in dieser Zeit vergeben wurden, gingen in die falschen Hände und wurden oft mißbraucht. So wurden die Kredite auch dazu benutzt, Waffen zu kaufen, um die politische Opposition im eigenen Land zu unterdrücken.

3. Die Schuldenkrise der 80er Jahre stand auch im Zusammenhang mit den Maßnahmen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Verzweifelt versuchte die Finanzwelt, die afrikanischen Länder wieder in das System zurückzuholen. Zweifellos spielten die internationalen Finanzinstitutionen eine wichtige Rolle in dieser Krise. Die Streichung der Schulden stand dabei nicht zur Debatte. Solch ein Schritt hätte die Dividenden der Banken in Nordamerika und Europa vermindern und langfristig zu einem völligen Zusammenbruch der weltweiten Finanzmärkte führen können. In dieser Situation veranlaßte der Internationale Währungsfond das sogenannte „strukturelle Anpassungsprogramm“, das die Entwicklung in Afrika in dieser Zeit bestimmte. Sein primäres Ziel war nicht, wie man hätte meinen können, die ökonomischen Probleme der armen Länder zu erleichtern. Es suchte die globalen Finanzmärkte zu stabilisieren, ohne die Ökonomien der reichen Länder zu beeinträchtigen. Trotz aller Argumente, die heute besonders vom Internationalen Währungsfond für die positiven Wirkungen des strukturellen Anpassungsprogramms angeführt werden, kann man behaupten, daß es nicht die armen Länder bzw. die Menschen dort im Zentrum seiner Aufmerksamkeit hatte. Wahr ist vielmehr, daß die Finanzinstitutionen den armen Ländern eine untragbare Bürde auferlegt haben. Dies bedeutete mehr Schulden und mehr Leiden für die armen Länder. Außerdem waren weniger humanitäre Bedürfnisse als vielmehr Fragen der Sicherheit und die Eindämmung des Kommunismus Grund für die Kredite, die Afrika in diesem Zeitraum gegeben wurden.

4. Wenn wir die Auswirkungen des strukturellen Anpassungsprogramms auf die Ökonomien der afrikanischen Länder umfassend verstehen wollen, so müssen wir auch dessen langfristige Folgen untersuchen. Die ernste Krise der afrikanischen Länder in den 80er Jahren wurde durch steigende Importkosten und abnehmende Exporteinnahmen ausgelöst. Dieser Trend führte zur Politik der strukturellen Anpassungsprogramme in der Hoffnung, diese Krise abzuschwächen. Das strukturelle Anpassungsprogramm ist eine Finanzstrategie, die „auf ein Anwachsen des Kapitalflusses durch externe Finanzhilfe baut“⁸. Was brachte das strukturelle Anpassungsprogramm? Es brachte dem einfachen Volk unsägliche Härten mit der Erklärung, daß solche Härten für eine bessere Zukunft notwendig seien. Zu den auferlegten Bedingungen gehörten die Umstrukturierung öffentlicher Unterneh-

men, die Aufhebung der Preisbindungen für Einzelhandel und Produktion, die Liberalisierung des Handels und des Wechselkurssystems und die Erweiterung der Steuerbemessungsgrundlage⁹.

Die Folgen des strukturellen Anpassungsprogramms für die Armen

Diese Bedingungen betrafen die einfachen Menschen mehr als die reichen ausländischen Investoren¹⁰. Für die afrikanische Bevölkerung ergab sich daraus eine Preissteigerung der Grundgüter wie Nahrung und Medizin. Mit anderen Worten: Die Last dieser Maßnahmen wurde den kreditnehmenden Ländern aufgebürdet. Die Geberländer und ihre Institutionen hingegen lehnten es ab, eine entsprechend erforderliche Anpassung der internationalen Finanzabkommen ihrerseits auf sich zu nehmen. Sie sicherten ihre Gewinne und diktierten weiterhin die Bedingungen. Dabei ist offensichtlich, daß die Strategie des strukturellen Anpassungsprogramms unrealistisch war, denn die Wirtschaftskraft der armen Länder hat nicht zugenommen, wohl aber ihre Abhängigkeit von ausländischer Hilfe¹¹. Eine wiederholte Abwertung der Landeswährungen verschlimmerte die Lage weiter. Den Regierungen blieb keine andere Wahl als die Leute zu zwingen, „ihren Gürtel enger zu schnallen“. Vordergründig betrachtet ist die Politik des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank zwar lobenswert, angesichts der fortwährenden Abwertung der Landeswährungen und des Leidens der großen Mehrheit der Bevölkerung sind die Folgen dieser Politik jedoch tragisch.

Das strukturelle Anpassungsprogramm förderte die Liberalisierung des Handels und begünstigte das Wachstum der transnationalen Unternehmen. Diese Unternehmen profitierten von den niedrigen Löhnen und den schwachen staatlichen Regulierungen. Man kann zwar behaupten, daß die transnationalen Unternehmen Arbeitsplätze schaffen und Kapital in das Land bringen, in dem sie sich niederlassen. Theoretisch mag das so sein, aber alles in allem wirkt es sich eher negativ für die armen Länder aus¹². Aufgrund der Armut und des Kapitalbedarfs wird wenig getan, um die Aktivitäten der transnationalen Unternehmen zu kontrollieren. Arbeits- und Umweltbestimmungen werden oft vernachlässigt. Die Gewinne der transnationalen Unternehmen werden kaum im Land selbst reinvestiert, sondern meist in das Herkunftsland zurückgeleitet. Für die heimische Industrie sind die Auswirkungen der transnationalen Unternehmen ebenfalls katastrophal. Lokale Unternehmen können nicht mit ihnen konkurrieren. Sie haben weder die finanziellen Mittel noch den Zugang zu den internationalen Märkten. Viele der lokalen Industrien steuern auf den Bankrott und den totalen Zusammenbruch zu.

Der Internationale Währungsfond und die transnationalen Unternehmen entziehen den armen Ländern häufig die dringend benötigten Finanzmittel. 1986 zum Beispiel zahlten „die afrikanischen Länder südlich der Sahara 895 Millionen Dollar

mehr an den Internationalen Währungsfond zurück als sie von ihm ausgezahlt bekamen“¹³. Bis 1993 stieg die Schuldenlast der Länder südlich der Sahara um 354 Prozent, während in der Ersten Welt der Reichtums wuchs¹⁴. Dieser Reichtum konzentriert sich zunehmend in den Händen einiger weniger. Der Bericht der Weltbank und des Internationalen Währungsfond von 1992 stellt fest, daß „20 Prozent der Reichsten in der Weltbevölkerung 83 Prozent des Gesamteinkommens kontrollieren, während 20 Prozent der Ärmsten mit 1,4 Prozent überleben müssen“¹⁵.

Diese Realität spiegelt sich auf lokaler Ebene. Mehr und mehr transnationale Unternehmen ziehen Vorteil aus der Situation und fahren hohe Profite ein, während die Mehrheit der Menschen in Armut dahinvegetiert¹⁶. Angesichts dieser Zustände stellt sich die Frage nach der Gerechtigkeit: Werden die afrikanische Länder einer neuen Art ökonomischer Sklaverei unterworfen? Haben die afrikanischen Regierungen die Kraft, eigene Projekte zum Wohl des Volkes ohne größere Einmischung von außen voranzubringen? Was wir bisher dargelegt haben bestätigt, daß die Schuldenkrise zweifellos – kurz- und auch langfristig – die Zukunft der afrikanischen Wirtschaft beeinträchtigen wird.

5. Auf der Suche nach einer Lösung ist es notwendig, die starken Auswirkungen des wachsenden Weltmarktes, die politische Marginalisierung Afrikas und die Aussichten für seine wirtschaftliche Zukunft zu berücksichtigen. Das Überleben und die Zukunft der Wirtschaft Afrikas hängen stark von den globalen politischen und ökonomischen Strategien ab. Das Tempo und der Umfang der derzeitigen Entwicklungen führen zur Marginalisierung Afrikas. Diese wirtschaftliche Marginalisierung steht in Verbindung mit „der ökonomischen Entwicklung Afrikas, die im Vergleich zu anderen Regionen der Welt rückläufig ist, und mit der schwindenden Bedeutung und Relevanz Afrikas für die globale Wirtschaft, besonders für die Industrienationen“¹⁷. Man kann auch das Problem der Marginalisierung im wesentlichen als eine Neuauflage dessen, was Walter Rodney das „Problem der Unterentwicklung“¹⁸ nennt, betrachten. Heute herrscht in Afrika Stagnation, es ist unattraktiv für ausländische Investoren und Geldgeber und ohne Interesse für andere Weltregionen. So fällt Afrika im Welthandel unter den Tisch und bleibt in ökonomischen Überlegungen unberücksichtigt. Eine solche sich vertiefende Krise der Unterentwicklung bezeichnet man als Marginalisierung. Folglich bezieht sich die Rede von der Marginalisierung Afrikas explizit auf die Strategien des Weltmarktes, auf die Finanzinstitutionen und auf die privaten Geldgeber, die sich nicht hinreichend für Afrika interessieren.

Ebenso wenig wirkt sich die wachsende Bedeutung des Weltmarktes zum Wohl Afrikas aus. Afrika ist nicht fähig, sich in das Welthandelssystem zu integrieren. Das Welthandelssystem wird den afrikanischen Markt nur für ausländische Produkte öffnen, was die Situation verschlimmert. Stattdessen ist es vielmehr notwendig, Afrikas Bemühungen um eine Reform seiner ökonomischen Infrastruktur zu unterstützen, indem man sinnvolle strukturelle Anpassungsprogramme auf den Weg

bringt. Solche Programme müssen die Fortentwicklung und den Ausbau vorhandener Strukturen mit einschließen und einer Rechtsstaatlichkeit Geltung verschaffen, in deren Rahmen sich die Achtung der Menschenrechte, Demokratie, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit etablieren können.

Zweifelloos „verändern starke Kräfte wie der technologische Wandel, der Abbau der Handelsschranken und die Liberalisierung des Geldmarktes die Gestalt der Weltwirtschaft“¹⁹. Darüber hinaus handeln Finanzinstitutionen wie der Internationale Währungsfond und die Weltbank zunehmend so, als ob die Weltwirtschaft aus „einem einzigen Markt mit regionalen Sektoren besteht, und nicht aus nationalen Wirtschaften, die durch den Handel verbunden sind. ... Vielleicht ist das Bedenklichste, daß sich im Zug des globalen Wachstums die Ungleichheiten verschlimmern und die Armen der Welt noch ärmer zurückgelassen werden. Die Tatsachen geben Anlaß zur Sorge. Gewaltige private Investitionsströme fließen zur Zeit in die Entwicklungsländer. Nur sechs Prozent davon gehen nach Afrika.“²⁰ Wie wird Afrika überleben, wenn es weiterhin von einem derart versiegenden Zustrom an Hilfsleistung abhängt? Bis jetzt gibt es keinen Plan, der Afrika in den Prozeß der Globalisierung des Marktes integriert. Justin Ukpong argumentiert, daß „die Globalisierung der Weltwirtschaft, durch die die ursprünglich schwachen landwirtschaftlichen, nichttechnologisierten Ökonomien der Drittweltländer in den hochtechnologisierten Ökonomien Europas und Amerikas aufgehen, als eine Form ökonomischer Unterdrückung gesehen werden muß“²¹.

Es ist eine Tatsache, daß der Weltmarkt nur die reichen Länder begünstigt. Damit möchte ich sagen, daß in dem Moment, in dem das System des Weltmarktes Gestalt annimmt, Afrika vergessen zu sein scheint, und zwar deshalb, weil Afrika die Voraussetzungen fehlen, in diesen Wettbewerb einzusteigen. Außerdem gibt es keine Garantie für faire Spielregeln, weil es keine klaren Richtlinien gibt, die die Beteiligung der armen Länder fördern. Die Schaffung eines Weltmarktes wird deshalb die afrikanische Wirtschaft kurz- und langfristig marginalisieren. Um diese Schlußfolgerung zu rechtfertigen, muß man den Strategiewechsel der Weltwirtschaft sorgfältig analysieren.

Derzeit läßt sich kaum etwas wahrnehmen, das Afrika im internationalen Zusammenhang Bedeutung geben könnte. Diese dramatische Entwicklung ergab sich mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Entstehens des Weltmarktes. Auch der rasante technologische Fortschritt der letzten Jahre muß als ein bedeutender Faktor für die Marginalisierung Afrikas angesehen werden. Durch die Technologie konnten die Industrieländer die ursprünglichen Rohstoffe durch synthetische Materialien ersetzen. Dies bedeutet, daß die hochindustrialisierten Länder Nordamerikas und Westeuropas nicht mehr wie zuvor von den Erstproduzenten der Rohmaterialien abhängig sind. Zudem führten die absichtliche Manipulation des Weltmarktes und der Weltpolitik Afrika sozio-ökonomisch und politisch an einen Abgrund. Unglücklicherweise läßt die Macht des Monetarismus die Menschen glauben, daß je-

der das Richtige tun und die Wirtschaft automatisch die angestrebten Resultate erbringen wird, sobald die Finanzinstitutionen die richtigen Anreize setzen und eine entsprechende Geldpolitik betreiben²². Aber es reicht nicht, ein paar Variablen dieser Politik zu verändern. Es bedarf einer Transformation der gesamten Infrastruktur und der Schaffung eines entwicklungsfördernden Umfeldes²³.

Zu erinnern ist auch daran, daß die zwischen den 60er und den 90er Jahren gewährten Kredite mit keinen Veränderungsstrategien verbunden waren. Der Bericht der Weltbank von 1988 spricht genau dies an, wenn er die Notwendigkeit betont, die vorgefundenen wirtschaftlichen Strukturen Afrikas zu verändern, indem man ein entwicklungsförderndes Umfeld schafft²⁴. Dies erfordert eine wirksame Regierungsführung und politische Erneuerung. Bessere Regierungsführung umfaßt Politikgestaltung, zuverlässige Verwaltung, Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, Aufrechterhaltung einer unabhängigen Jurisdiktion, Ehrlichkeit und Transparenz. Die afrikanischen Länder haben es versäumt, politische und wirtschaftliche Systeme hervorzubringen, die diese Bedingungen garantieren können. Anders gesagt: Es fehlen grundlegende Strukturen, die einen Prozeß wirtschaftlichen Wachstums fördern können. In der derzeitigen politischen Situation Afrikas wird ein echter Wandel lange Zeit brauchen, weil die politischen Führer mehr daran interessiert sind, ihre politische Macht zu erhalten als daran, eine stabile wirtschaftliche Infrastruktur aufzubauen. So mißbrauchen zum Beispiel die meisten afrikanischen Führer öffentliche Gelder, um sich politische Gefolgsleute oder Luxusgüter zu kaufen. Die Möglichkeit, politische Kräfte mit der Logik des Wirtschaftens zu verbinden, wird deshalb vom Zusammenhang und der Zusammenarbeit der verschiedenen Institutionen abhängen. Stellt man die enormen Hindernisse in Rechnung, mit denen die afrikanischen Länder heute konfrontiert sind, so muß ein positiver Wandel umfassend sein und die Strukturen von unten her fördern.

Der Schuldenerlaß und die Rolle der katholischen Kirche

Seit 1995 setzen sich die katholische Kirche sowie katholische Organisationen insbesondere in den Ländern Westeuropas vehement für einen Erlaß der afrikanischen Schulden ein²⁵. Diese Lobbyarbeit wurde in verschiedenen internationalen Foren geleistet. Wahrscheinlich hat es in der Geschichte der katholischen Kirche im Blick auf Afrika kein anderes Anliegen gegeben, bei dem man sich so einig war, wie in der Suche nach Lösungsansätzen für dieses Problem. Gewisse Erfolge sind nun – da der Prozeß des Schuldenerlasses für viele Länder begonnen hat – zu sehen. Dies ist in der Tat ein Verdienst der katholischen Kirche Westeuropas.

Wenn die Kirche jedoch beabsichtigt, ein Bewußtsein zu fördern, durch das die globale Ungerechtigkeit und Armut in Afrika vollständig beseitigt werden könnte, müssen schleunigst weitere Schritte eingeleitet werden. Dazu bedarf es praktischer

Vorschläge, die zu strukturellen Veränderungen der Wirtschaft sowohl auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene führen, um Afrika eine volle Teilnahme am Weltmarkt zu ermöglichen, um mehr Gleichheit zu gewährleisten und die Selbstbestimmung zu fördern.

Letztendlich kommt es jedoch stark auf den Willen der einzelnen an, die Strukturen zu verändern, in denen diese Krise verwurzelt ist und die die Politik dieser Institutionen bestimmen. Die afrikanische Krise muß als Ausgangspunkt gesehen werden für eine Neubestimmung der Rolle des Staates, der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und der Weltwirtschaftsordnung, innerhalb derer alle agieren müssen. Es wäre ein schlimmer Fehler, wenn die Afrikaner auf ihrer Suche nach einem entwicklungsfördernden Umfeld zu viel Nachdruck auf die Frage des Schuldenerlasses legen würden. Der Schuldenerlaß allein wird die faktischen Verhältnisse nicht ändern. Nur strukturelle Veränderungen werden ein neues Umfeld schaffen, in dem Teilhabe, Selbstvertrauen und Schaffung von Wohlstand ermutigt werden. Selbst wenn alle afrikanischen Schulden erlassen werden, ändert sich meiner Überzeugung nach nichts, solange folgende Mißstände fort dauern: schlechte Planung, ineffiziente Führung, Korruption, Veruntreuung öffentlicher Gelder, mangelnde zivilgesellschaftliche Strukturen und Teilhabe, Machtkämpfe, zu starke Abhängigkeit, Abwanderung von Intellektuellen und die Bevormundung der Armen.

Was sollte getan werden?

Die Ursachen für die afrikanische Schuldenkrise sind vielfältig, und sie variieren von einem Land zum anderen. Deshalb sollten auch die Lösungen variieren und von der jeweiligen Situation der einzelnen Länder abhängen. Auf der Suche nach weiterführenden Schritten müssen wir uns fragen: Was sollte getan werden, um die Situation zu ändern? Weil es um die Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft geht, will ich in diese Debatte einige Vorschläge einbringen, von denen ich denke, daß sie sowohl Gerechtigkeit auf dem Weltmarkt ermöglichen als auch die Verwaltungsprobleme auf Seiten der afrikanischen Regierungen überwinden können. Diese Anregungen sind in den zehn folgenden Punkten zusammengefaßt:

1. Eine wirkliche Analyse der afrikanischen Schuldenkrise muß innerhalb eines breiten Rahmens interner und externen Ursachen ansetzen. Interne Ursachen, die hauptverantwortlich für die afrikanischen Wirtschaftskrise sind, betreffen vor allem die gesellschaftliche Organisation. Schlechte gesellschaftliche Organisation zeigt sich in mangelnder oder fehlender zivilgesellschaftlicher Beteiligung, in Unsicherheit, institutionalisierter Korruption und ethnischen Konflikten, die durch die Instrumentalisierung der ethnischen Identität für politische Ziele entstehen. Die internen Ursachen werden noch verschlimmert durch eine Mentalität der Abhängigkeit und des Paternalismus, die durch das internationale Handels- und Finanzsystem und

politische Machenschaften der reichen Länder zusätzlich verstärkt wird. Bei der Untersuchung dieser Krise muß das ideologische Vorurteil überwunden werden, das Problem allein auf den Aspekt der Überbevölkerung zu reduzieren.

2. Wir müssen zur Kenntnis zu nehmen, daß die Schuldenkrise ein Teil der weltweiten Ungerechtigkeit ist, die uns alle betrifft, solange Menschen durch sie das zum Überleben Notwendige vorenthalten wird. Dies setzt die Einsicht voraus, daß eine Last gemeinsam getragen werden muß. Das spricht jedoch nicht für einen völligen Schuldenerlaß, sondern fordert unsere Aufmerksamkeit dort heraus, wo das Leben einer Gemeinschaft oder eines Staates gefährdet ist. Die Zahlungen sollten dann ausgesetzt werden, wenn durch die Schulden die Grundbedürfnisse der Armen – Nahrung, Unterkunft und Kleidung – gefährdet sind. Dabei stellt sich die Frage: Wer sollte etwas an der Verschuldungssituation ändern, wenn mehrere Länder und Institutionen einen Teil der Kredite beigesteuert haben?

3. Kredite sollten zu Konditionen vergeben werden, die zumindest die wichtigsten Bürgerrechte respektieren. Solche Konditionen sind die Rechenschaftspflicht der Regierungen, die Rechtsstaatlichkeit in dem betreffenden Land und die Beteiligung der Bürger an Entscheidungsprozessen. Entwicklungsprojekte haben Vorrang. Die afrikanischen Länder sollten Wirtschaftswachstum dadurch fördern, daß sie die Bürger stärker in lokale Entwicklungsprojekte einbinden. Die eigenen Fähigkeiten der Menschen müssen Ausgangspunkt für erfolgreiche wirtschaftliche Projekte sein. Diese Vorgehensweise zielt darauf, fehlgeleitete Leistungsfähigkeit in produktive Aktivität umzuwandeln, so daß die Menschen für ihre eigenen Bedürfnisse sorgen können. Dieser Weg umfaßt die Sorge um das Gemeinwohl auf nationaler und internationaler Ebene. Das ist ein inklusiver Ansatz in dem Sinn, daß man die Menschen lehrt, ihre eigenen Interessen zu sehen und sie mit dem Wohl der anderen zu verbinden. Damit ist gesichert, daß die vorrangigen Interessen der Mehrheit nicht vernachlässigt werden. Vorrang sollte solchen Projekten eingeräumt werden, die die Entwicklung fördern und an den Menschen orientiert sind, und nicht Krediten, die dazu dienen, Waffen, Luxusgüter und politische Gefolgsleute zu kaufen.

4. Es bedarf einer gründlichen Politik wirtschaftlicher Reformen. Die gegenwärtige Lage der afrikanischen Wirtschaft braucht ein tiefgreifendes Umdenken. Sie verlangt eine umfassende Analyse der vergangenen und gegenwärtigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Afrika und den westlichen Ländern, so daß eine neue Beziehung, die sich auf gegenseitige Verantwortung stützt, miteinander gestaltet werden kann. Eine solche Analyse wird auf ein gemeinsames Projekt abzielen, während die Geber-Nehmer-Beziehung den Gebern durch asymmetrische Wechselseitigkeit in der Handelspolitik und durch ungleiche Verteilung der Verantwortlichkeiten nützt und eher zur Abhängigkeit als zur Entwicklung führt.

Im Fall Afrikas werden nur die Schuldenanhäufung und die Rückzahlungsbedingungen öffentlich gemacht, nicht aber die Ziele, die beteiligten Personen und Institutionen sowie die Bedingungen, unter denen Entwicklungshilfe und Kredite gege-

ben werden. Das Wissen um diese Bedingungen ist jedoch wichtig, weil beispielsweise ausländische Hilfe nie völlig uneigennützig gegeben wird. Mitunter werden Entwicklungshilfe und Kredite in der Art diplomatischer Gesten dafür gegeben, um langfristige ökonomische Interessen aufrechtzuerhalten. Es stimmt, daß Entwicklungshilfe und Kredite für die bedürftigen Länder wichtige Ergänzungen der eigenen Wiederaufbaubemühungen darstellen. Doch gerade diese Länder müssen ständig darin unterstützt werden, ihren Grad der Abhängigkeit zu vermindern. Außerdem sind Geber und Finanzinstitutionen dazu angehalten, diese Art der nachbessernden Hilfe, die wie Chloroform wirkt, zu ändern. Ausländische Hilfe sollte die Bemühungen um eine Sanierung der ökonomischen Infrastruktur unterstützen. Dergestalt kann ausländische Hilfe kleinen Projekten voranhelfen und im privaten Sektor Unternehmen fördern, die Arbeit und Einkommen schaffen. Es ist wichtig die vorhandenen ökonomischen Strukturen an der Basis auszubauen, weil sie bei der Durchführung der vorgeschlagenen Programme eine sichtbarere und grundlegendere Rolle spielen.

5. Die Mentalität überzogener Abhängigkeit von ausländischer Hilfe sollte abgebaut werden. Die totale Abhängigkeit Afrikas von ausländischer Hilfe hat den Kontinent noch weiter zurückfallen lassen. Es ist eine Tatsache, daß ausländische Hilfe eine Kultur der permanenten Abhängigkeit geschaffen hat. Diese Situation wird von Wirtschaftswissenschaftlern mitunter als „Abhängigkeitssyndrom“ bezeichnet. Wirtschaftliche Hilfe dieser Art hat sich als Auslaufmodell erwiesen, das die Realität der Armut in Afrika nicht ändern kann. Nötig ist der politische Wille, die menschlichen Grundbedürfnisse als ein weltweites Problem zu betrachten, das gemeinsam gelöst werden muß durch die Einführung partnerschaftlicher Strukturen, in deren Rahmen technische Hilfe bereitgestellt wird.

6. Zur Sicherung der Zukunft sollten die afrikanischen Länder in ihre eigenen Menschen investieren, nämlich in deren Bildung. Seit der Unabhängigkeit „war das Hauptziel der Schulbildung stets die Hervorbringung von Arbeitern im Lohnsektor“²⁶. Seit den 80er Jahren wird diese beschäftigungsorientierte Bildung immer unwichtiger, weil es keine Arbeitsplätze mehr gibt. Diese Situation verlangt deshalb einen Wandel im Bildungs- und Schulwesen. Dieser Wandel macht die Bildung von Menschen nötig, die sich für neue Einsichten motivieren, die Ehrlichkeit, Engagement, Kreativität und Selbstvertrauen fördern. Ich möchte darüber hinaus hervorheben, daß die ökonomische Entwicklung Afrikas auch von der gesellschaftlichen Stellung der Frauen abhängt. Die afrikanischen Frauen sind die Säulen des sozio-ökonomischen Lebens in Afrika. Eine Verbesserung ihrer Stellung durch Bildung wird sich positiv auf das Wirtschaftsleben der afrikanischen Länder auswirken. Eine wirksame Bildung wird die Frauen in der Überwindung ihres Minderwertigkeitsgefühls und ihrer Passivität bestärken.

7. Die afrikanischen Facharbeiter und Intellektuellen sind moralisch verpflichtet, mit ihren Fähigkeiten zum Wohl ihres Landes beizutragen, anstatt – auf der Suche

nach wirtschaftlichen und beruflichen Vorteilen – ins Ausland zu gehen. Seit den 80er Jahren gibt es den sogenannten „Brain-drain“, die Abwanderung von Intellektuellen und Wissenschaftlern aus den afrikanischen Ländern. Schuld daran sind niedrige Löhne, Korruption und Mißmanagement, Vetternwirtschaft, fehlende Gesetze und Betrügereien der Regierenden. Weder in der Politik noch in der Wirtschaft wird es einen bedeutenden Wandel geben, solange der Exodus der Intellektuellen andauert.

8. Es ist notwendig, die Zusammenschlüsse auf der mittleren Ebene zu verstärken. Seit etwa vier Jahrzehnten unterdrücken das Einparteiensystem und die Militärregime die Rolle von Gewerkschaften, Genossenschaften und Berufsverbänden. Die noch existierenden Vereinigungen haben nicht die Möglichkeit, ihre Autonomie durchzusetzen oder den repressiven Regierungen entgegenzutreten. Die meisten Regierungen behandeln die Leiter dieser Organisationen immer noch so, als ob sie in ihren Diensten stünden, und eine Kontrolle der Führungspersonen durch Regierungsorgane hält diese Stellung aufrecht. Bedingt durch dieses System finden die meisten Regierungen einen Weg, die Organisationen zu begünstigen, die sich konform verhalten, und diejenigen zu behindern, die ihre Autonomie aufrecht zu erhalten versuchen.

Zusammenschlüsse der mittleren Ebene sind wichtig, weil ihre Rolle in der Gestaltung der Wirtschaftspolitik darin besteht, Alternativen vorzuschlagen und Leute von der Basis aus zu mobilisieren. Die Stärkung solcher Strukturen wäre – was Afrika betrifft – ein Schritt hin zur Veränderung der ökonomischen Infrastruktur. Dieser Prozeß wird die Wirtschaft voranbringen, weil er die Menschen in die Mitverantwortung stellt und den krisenorientierten Ansatz, der die ökonomischen Konzepte in Afrika bestimmt, überschreitet, abgesehen davon, daß er die totalitären Strukturen überwinden wird. Diese Vereinigungen können helfen, den Gedanken des Gemeinwohls, der Menschenrechte, der Teilhabe und der Kreativität voranzubringen. Dies geschieht dadurch, daß ein Sinn für gegenseitige Verbindlichkeiten und Erwartungen unter Gruppen mit verschiedenen Interessen maßgebend ist. Diese Organisationen fördern den Sinn für das Gemeinwohl dadurch, daß sie Mechanismen schaffen, welche die Beziehung zwischen Staat und Zivilgesellschaft bestimmen und die die Trennung zwischen beiden garantieren. Die Strukturen der mittleren Ebene können Bürokratisierung und Monopole sozio-ökonomischer und politischer Macht überwinden, die in den Händen einer sich selbst bereichernden Oberschicht konzentriert sind. Gegen das Diktat des von dieser elitären Gruppe bestimmten politischen Bereichs über den gesamten sozio-ökonomischen Bereich treten zivilgesellschaftliche Organisationen als Hüter der öffentlichen Meinung auf und fördern Teilhabe und neue Ideen. Sie tun das, indem sie den Armen helfen, ihre Grundrechte zu verteidigen. Die Opfer der ökonomischen Ungerechtigkeit werden in Zusammenarbeit mit Fachjuristen und Menschenrechtsaktivisten in der Lage sein, selbst zu entscheiden, wie ihr Lebensstandard zu verbessern ist. Eine derartige

Bewußtseinsbildung wird erfolgreich sein, weil die Durchsetzung der Rechte vom Gerechtigkeitsempfinden der Menschen herrührt und sich in Strategien verwirklicht, die von den Menschen selbst initiiert sind und in Gang gehalten werden.

Der Ruf nach der Stärkung von Zusammenschlüssen der mittleren Ebene erinnert daran, daß im afrikanischen Kontext verbale Verlautbarungen allein unzureichend sind und keine bedeutenden Auswirkungen haben. Der Grund dafür ist, daß es keine effektiven Strukturen gibt, die solche Erklärungen in sozial wirksame Handlungen umsetzen könnten. Verbale Verlautbarungen müssen handlungsorientiert sein. Es muß klar sein, daß die Rede von sozio-ökonomischer Gerechtigkeit und Menschenrechten in Afrika wirkungslos bleibt, wenn die Zusammenschlüsse der mittleren Ebene nicht gestärkt werden. Mit anderen Worten: Sozio-ökonomischer und politischer Fortschritt wird sich nicht in einem Vakuum entwickeln. Ein Mehrparteiensystem als solches garantiert noch keine Demokratie oder wirtschaftlichen Wohlstand und sollte die Menschen nicht davon ablenken, weiterhin nach konkreten Wegen zu suchen, die Wirtschaft zu reformieren.

9. Die katholische Kirche kann eine bedeutende Rolle dabei spielen, die gegenwärtige Situation zu verändern. Das ist möglich, wenn sie effektiver mit anderen Kirchen zusammenarbeitet, um den Prozeß der politischen Willensbildung zu beeinflussen, das öffentliche Bewußtsein zu bilden und Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit zu fördern. „Es ist deshalb für die Kirche in Afrika und für die Weltkirche keine offene Frage mehr, daß sie die Armen und die Situation der Armut in den Mittelpunkt ihrer Sendung stellen muß.“²⁷

10. Viele Entwicklungstheorien sind von außen übernommen worden und wurden den Menschen aufgedrängt, und trotzdem blieb ihr Lebensstandard unverändert. Daraus folgt die Notwendigkeit, gründlich unsere Kulturen zu analysieren und einen Rahmenplan für die Entwicklung zu erstellen, der auf dem afrikanischem Kulturverständnis und dem afrikanischem Kontext aufbaut. Dieser Weg erfordert eine kritische Beurteilung jedes einzelnen und jeder Gruppe, um die Möglichkeiten richtig einzuschätzen, auf denen aufgebaut werden kann. Diese Veränderungen brauchen Verbände. Verbände bieten den Menschen ein Forum, einen kreativen Dialog zu führen und herauszufinden, welche Probleme sie betreffen. Sie anerkennen die Kultur, die Interessen und Entwicklungsmöglichkeiten der Menschen. Die Wahrnehmung der menschlichen Entwicklungsmöglichkeit bestärkt das Selbstvertrauen und den Mut, nach praktischen Lösungen ihrer eigenen Probleme zu suchen. Dieser Prozeß führt dazu, daß die Menschen in den Gemeinden vor Ort verantwortlich handeln im Wissen, daß ihr Handeln ihr eigenes Leben betrifft. Menschenwürdige Entwicklung geht vom Individuum aus und entfaltet sich von der Familie bis zur Gemeinschaft.

Entscheidend in dieser Auseinandersetzung ist die spezifische Ausrichtung der Antwort, die auf die afrikanische Schuldenkrise gegeben wird. Letztlich findet die afrikanische Schuldenkrise ihre Antwort in den afrikanischen Menschen, die die Zukunft des afrikanischen Kontinents sind.

ANMERKUNGEN

- ¹ B. Davidson, *The black man's burden: Africa and the curse of the nation-state* (New York 1992) 12.
- ² S. Odugbemi, *Brave new world*, in: *West Africa* (17.–23.4.1995) 582.
- ³ Ebd. 585.
- ⁴ K. Hallberg, *International debt, 1985: Origins and issues for the future*, in: *World debt crisis: International lending on trial*, hg. v. M. P. Claudon (Cambridge/Massachusetts 1986) 3.
- ⁵ J. M. Griesgraber, *Continuing dialogue on debt* (Washington 1991) 5.
- ⁶ W. Darity, *Did commercial banks push loans on the LDGs?*, in: *World debt crisis* (A. 4) 199–225.
- ⁷ Ebd. 200.
- ⁸ V. Missiaen, *Economic/sociological models of development*, in: *AFER* 37/5 (1995) 192–305, 296.
- ⁹ G. Arnold, *An african way?* in: *New African* (September 1994) 17–26, 26.
- ¹⁰ P. Henriot, *Effects of Structural Adjustment Programms on african families*, in: *African Christian Studies* 11/2 (1995) 1–16.
- ¹¹ So zeigt z. B. Thermon Djaksan's Untersuchung der Schuldenkrise der Länder südlich der Sahara von 1993, 1994 und 1995, daß die Steigerung der ausländischen Entwicklungshilfe und der Kredite die Rate des wirtschaftlichen Abschwungs nicht verlangsamt hat: T. Djaksan, *Development aid committee's annual report*, in: *West Africa* (18.–24.3.1996) 430–435.
- ¹² In vielen Ländern wurden die transnationalen Unternehmen im Glauben akzeptiert, daß das ökonomische Prinzip des „trickle-down“ die Lage ändern wird. Doch unglücklicherweise läuft die Bewegung umgekehrt. Für weitere Informationen vgl. M. P. Hornsby-Smith, *Justice and peace: Theory and practice*, in: *The Month*, 1/1996, 3–6.
- ¹³ L. Magea, *Christian discipleship in Africa in the twenty-first century*, in: *AFER* 36/5 (1994) 283–99, 294.
- ¹⁴ *Sub-Sahara Africa: Route to success lies in sound economic policies*, in: *IMF Survey* (2/1995) 63.
- ¹⁵ *World Bank and International Monetary Fund: Guilty as charged*, in: *Envío* 13 (12/1994) 161.
- ¹⁶ Eine Analyse findet man in Paul Valley's „Bad Samaritans“. Er hebt hervor, daß die der Dritten Welt gewährten Kredite keine wirkliche Entwicklungshilfe, sondern ein Geschäft sind, das hohe Profite einbringt, indem es die armen Länder noch ärmer macht. Er entwickelt dieselbe These und belegt sie mit konkreten Beispielen in dem Artikel: *How to make the poor poorer*, in: *The Tablet*, 24.2.1996, 248–250.
- ¹⁷ C. Ake, *Democracy and Development in Africa* (Washington 1996) 104.
- ¹⁸ W. Rodney, *How Europe underdeveloped Africa* (Washington 1982) 33–200.
- ¹⁹ C. Wooley, *Perils of a global economy*, in: *The Tablet*, 18.5.1996, 640.
- ²⁰ Ebd. 641.
- ²¹ J. S. Ukpog, *Option for the poor: A modern challenge for the church in Africa*, in: *AFER* 36/6 (1994) 350–366, 362.
- ²² W. Tordoff, *Government and politics in Africa* (Indiana 1984) 272.
- ²³ T. M. Callaghy, *The state and the development of capitalism in Africa*, in: *Precarious balance: State and society in Africa*, hg. v. D. Rothschild u. N. Chazan (Colorado 1988) 67–99.
- ²⁴ *World Bank, Adjustment lending: An evaluation of ten years of experience* (Washington 1988) 3.
- ²⁵ Vgl. z. B. *Jesuits for Debt Relief and Development (JDRAD)* 26, Upper Sherrad Street, Dublin 1, Ireland, Fax: 353 18364 377; cfj@s-j.ie; <http://www.jesuit.ie/jdrad>.
- ²⁶ A. Ahmed u. R. Cohen, *Education and rights in Nigeria*, in: *Human rights and Governance in Africa*, hg. v. R. Cohen u. a. (Florida 1993) 200.
- ²⁷ Ukpog (A. 21) 364.